



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 27.02.2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 2. März 2026

Fokusthema: **Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat wird nach der Wahl eines Ersatzmitglieds des Verwaltungsgerichts sechs Vorstösse behandeln, die als Entgegennahme traktandiert sind. Anschliessend stehen die Schlussabstimmungen zu Änderungen im Lehrpersonal- und im Bildungsgesetz an. Kaum Opposition dürften die Abschreibung eines Postulats zur Beschäftigung von Lehrpersonen und die Genehmigung eines Kredits für die Erhöhung der Zahl der Medizin-Studienplätze auslösen. In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Rat mit Vorstössen befassen, welche die Bildungsdirektion betreffen.

Regierungsrat will fünf Postulate und eine Motion entgegennehmen

Rasch behandeln wird der Kantonsrat sechs Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Motion und die Postulate entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er sie diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über die Überweisung entscheiden. SP-Kantonsrätin Patricia Bernet möchte mit dem Postulat betreffend «Sichere KI-Tools für die Schulen entwickeln und zur Verfügung stellen» den Regierungsrat einladen, in einem Bericht darzulegen, wie KI-Anwendungen für den Bildungsbereich für sämtliche Schulen im Kanton Zürich identifiziert, entwickelt und zur Verfügung gestellt werden können ([KR-Nr. 320/2025](#)). SP-Kantonsrat Felix Hoesch möchte den Regierungsrat mit dem Postulat betreffend «Chancen der künstlichen Intelligenz für den öffentlichen Verkehr nutzen» bitten, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Potenziale künstliche Intelligenz (KI) beim öffentlichen Verkehr (ÖV) im Sinne der Ziele des Gesamtverkehrskonzepts bietet ([KR-Nr. 321/2025](#)). SP-Kantonsrat Nicola Siegrist will mit dem Postulat betreffend «Kantonale Strategie für Freizeit- und Tourismusverkehr» die Regierung beauftragen, eine kantonale Strategie für den Freizeit- und Tourismusverkehr zu erstellen oder das Gesamtverkehrskonzept um ein entsprechendes Kapitel zu ergänzen ([KR-Nr. 355/2025](#)). Thomas Anwander, Kantonsrat der Mitte, verlangt mit dem ursprünglich als Motion eingereichten Postulat betreffend «Einführung der Möglichkeit von virtuellen Beurkundungen», dass der Regierungsrat beauftragt wird, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit notarielle Beurkundungen im Bereich des Gesellschaftsrechts und Beglaubigungen von Unterschriften virtuell durchgeführt werden können ([KR-Nr. 390/2025](#)). Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) fordert mit der Motion betreffend «Schutz der Privatadressen politisch engagierter Personen bei Volksinitiativen», dass Mitglieder einer kommunalen oder kantonalen Volksinitiative ihre Privatadresse nicht zwingend veröffentlichen müssen ([KR-Nr. 396/2025](#)). Und SP-Kantonsrätin Pia Ackermann möchte mit dem dringlichen Postulat betreffend «Prämienverbilligungen müssen bei den tiefen und mittleren Einkommen ankommen: Analyse des Nicht-Bezugs und Ausarbeitung von Massnahmen» den Regierungsrat dazu einladen, den Nicht-Bezug von Individueller Prämienverbilligung (IPV) genauer zu analysieren ([KR-Nr. 398/2025](#)).

Patricia Bernet (SP, Uster), 079 714 71 55

Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Nicola Siegrist (SP, Zürich), 078 944 01 00

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur), 079 430 43 66

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Pia Ackermann (SP, Zürich), 079 774 22 33

Schlussabstimmungen zu Berufsauftrag für Lehrpersonen und speditiverer Stipendienvergabe

Voraussichtlich keine langen Diskussionen sind in den zweiten Lesungen zu einer Anpassung des neu definierten Berufsauftrags für Lehrpersonen im Lehrpersonalgesetz (LPG) ([5966](#)) und zu einer Änderung des Bildungsgesetzes betreffend Stipendiengesuche ([5982](#)) zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat in erster Lesung entschieden, den neuen Berufsauftrag in vier Punkten zu verbessern: Die Klassenlehrpersonen sollen gestärkt werden, indem deren Stundenpauschale (KLP) von mindestens 100 auf mindestens 160 Stunden pro Jahr erhöht wird. Um den Bedarf an Lehrpersonen besser zu decken, soll der minimale Beschäftigungsgrad von 35 auf 40 Prozent erhöht werden. Auch zwei administrative Massnahmen sollen entlastend wirken: Die Tätigkeitsbereiche «Schule», «Zusammenarbeit» und «Klassenlehrpersonen» sollen zusammengelegt und die Zeiterfassung der Tätigkeitsbereiche aufgehoben werden. Weiter hat der Rat in erster Lesung entschieden, den vorgeschlagenen Änderungen des Bildungsgesetzes zuzustimmen, mit denen Stipendiengesuche speditiver abgewickelt werden können.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Postulat zu höherem Beschäftigungsgrad in der Volksschule abschreiben

Rasch behandelt werden dürfte am Montag das Postulat betreffend «Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in der Volksschule». Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dieses als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 229/2022](#)). Die FDP forderte damit ein finanzielles Anreizsystem für einen höheren Beschäftigungsgrad in der Volksschule und eine generelle Erhöhung des minimalen Beschäftigungsgrads der Lehrpersonen. Zum einen nimmt die Vorlage 5966 zum neuen Berufsauftrag das Anliegen eines höheren Beschäftigungsgrads von Lehrpersonen in moderater Form auf, zum anderen legte der Regierungsrat dar, dass mit den Einmalzulagen schon heute besondere Leistungen honoriert werden können.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

25 Millionen Franken für die Erhöhung der Anzahl Studienplätze in der Humanmedizin

Unumstritten dürfte im Rat der Kredit für das Projekt «Med500+» sein, mit dem ab dem Herbstsemester 2030 die Zahl der Studienplätze für Humanmedizin an der Universität Zürich auf der Bachelorstufe um 270 auf insgesamt 700 Studienplätze erhöht werden soll. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Objektkredit über 25 Millionen Franken zu genehmigen ([6049](#)). Das Projekt leistet laut der KBIK einen zentralen Beitrag für eine auch künftig ausreichende und hochstehende medizinische Versorgung und schafft die dafür nötigen Rahmenbedingungen, wie dies mit der Motion KR-Nr. 125/2021 von Mitte, SVP, SP, FDP und GLP verlangt worden war.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Vorstösse zu schulergänzender Betreuung und Schulassistenten

Bis zum Ende der Sitzung wird der Rat Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Carmen Marty Fässler will den Regierungsrat mit ihrer Motion betreffend «Qualität der schulergänzenden Betreuung sicherstellen» auffordern, gesetzliche Rahmenbedingungen zu erlassen, damit bei der Anstellung von Betreuungspersonen in Tagesstrukturen einheitliche Qualifikationsbedingungen gelten ([KR-Nr. 102/2025](#)). SP-Kantonsrätin Patricia Bernet fordert mit der Motion betreffend «Schulassistenten mit Kompetenz», dass auch bei (Weiter-)Anstellungen von Assistenzpersonen im schulischen Bereich einheitliche Qualifikationsbedingungen gelten ([KR-Nr. 103/2025](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Motionen abzulehnen.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 043 377 05 38

Patricia Bernet (SP, Uster), 079 714 71 55

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines Ersatzmitglieds des Verwaltungsgerichts an ([KR-Nr. 197/2025](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12